

Public Opinion Kurzanalyse der letzten Trends zu den deutschen Wahlen

Superwahlsonntag am 27. September – Bundestagswahl und zwei Landtagswahlen Gretchenfrage: Geht sich schwarz-gelb, also die CDU/CSU/FDP-Koalition aus?

(in Ergänzung zu den Grundaussagen der public opinion-Kurzanalyse vom August 2009)

Mit dem TV-Duell Angela Merkel – Frank-Walter Steinmeier bog der deutsche Bundestagswahlkampf in die Zielgerade. Die Hauptfrage, ob sich eine Bundestagsmehrheit der Unionsparteien mit der FDP, was beiderseitig erklärter Wunsch ist, ausgeht, bleibt bis zum Schluss offen. Schwarz-gelb ist jedenfalls in den Umfragen in den letzten Wochen ein wenig zurückgefallen. Sowohl die Unionsparteien als auch die SPD, die 2005 durch Wahlergebnis und Wahlrecht zur ungeliebten „großen Koalition“ gezwungen wurden, wollen diese keinesfalls fortsetzen. Eine „große Koalition“ gilt in Deutschland als demokratiepolitische Anomalie und gab es seit Gründung der Bundesrepublik vor 2005 nur einmal, nämlich für wenige Jahre in den 1960ern. Ansonsten gab es Unions/FDP bzw. SPD/FDP-Koalitionen (1969-1982) und eine SPD-Grüne-Kooperation (1998-2005). Eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei von Oskar Lafontaine und des Post-Kommunisten Gregor Gysi wird auf Bundesebene von der SPD offiziell ausgeschlossen. Eine SPD-geführte Bundesregierung ist aber aufgrund der Schwäche der Partei aber nur in einer Dreierkonstellation mit Grünen und Linken oder der FDP (was diese allerdings ablehnt) überhaupt denkbar.

Fest steht, dass der große Kanzlerbonus von Angela Merkel noch nicht in einen Zuwachs für die Unionsparteien umgesetzt werden konnte, dass die SPD gegenüber den letzten Bundestagswahlen über 12 Prozent in den Umfragen verloren hat und dass FDP und Grüne die Profiteure der an Zustimmung immer kleiner gewordenen „großen Koalition“ sind. Auch die Linke legt zu, aber nicht mehr so stark wie vor der Wirtschaftskrise. Sicher ist, dass die SPD das schlechteste Ergebnis ihrer Parteigeschichte einfahren wird.

Zwei wichtige Umfragen der letzten Woche im Vergleich zum Wahlergebnis 2005:

	Forsa	Allensbach	Bundestagswahl 2005
CDU/CSU	35	35	35,2
SPD	21	22,5	34,2
FDP	14	13	9,8
Grüne	10	13	8,1
Linke	14	11,5	8,7

Auf die übrigen meist rechtsextremen Gruppierungen entfallen rund 5 Prozent, ihr Einzug in den Bundestag scheitert daran, dass eine Partei mindestens 5 Prozent dafür auf sich vereinen muss.

Schleswig-Holstein: Ein ähnliches Bild wie im Bund

Ziemlich ähnlich ist die Lage in Schleswig-Holstein, wo es am 27. September zu vorzeitigen Landtagswahlen kommt, weil CDU-Ministerpräsident Harry Carstensen die „große Koalition“ vorzeitig beendete. Ein Vergleich der letzten Umfrage mit dem Landtagswahlergebnis 2006 zeigt folgendes Bild:

	Umfrage	LTW 2006
CDU	33	40,2
SPD	24	38,7
FDP	16	6,6
Grüne	14	6,2
SSW	3	3,6
Linke	7	n.k.

Auch hier ist die gewünschte CDU-FDP-Koalition unsicher, da für den SSW (Südschleswiger Wählerverband der dänischen Minderheit) die 5 Prozent Hürde nicht gilt und er jedenfalls in Landtag einziehen, aber voraussichtlich nicht eine solche Koalition unterstützen wird

Brandenburg: Die Linke erreicht 28 Prozent – deutlich zweitstärkste Kraft

Wie in allen „neuen Bundesländern“, die auf dem Territorium der ehemaligen DDR entstanden sind, ist die postkommunistische Linke auch in Brandenburg stark, ja hier sogar besonders stark, wie die jüngsten Umfragen und das letzte Landtagswahlergebnis zeigen:

	Umfrage	LTW 2006
SPD	31	31,9
CDU	22	19,4
Linke	28	28
FDP	8	3,3
Grüne	4	3,6
Sonstige	7	6,1 (DVU)

Auch in Brandenburg zeigt sich das Ostphänomen, dass die Grünen schwach abschneiden, aber rechtsradikale Gruppen – in diesem Fall die DVU, die 2005 den Sprung in den Landtag schaffte – Mandatschancen haben. In Brandenburg regiert eine SPD/CDU-Koalition unter Ministerpräsident Platzeck, der kurzzeitig auch SPD-Bundesvorsitzender war.

Kurzresümee der Landtagswahlen vom 30. August

Die drei Landtagswahlen vom 30. August – Sachsen, Thüringen und Saarland – brachten der CDU und den von ihr gestellten Ministerpräsidenten herbe Verluste. Der Thüringer Dieter Althaus, gezeichnet von seinem Schiunfall zu Jahresbeginn in der Steiermark, kündigte seinen Rücktritt an, um der CDU, die mit 31,2 Prozent stärkste Partei geblieben war (minus 10,8 Prozent) wenigstens die theoretische Chance auf eine Koalition mit der SPD zu eröffnen, die mit einem plus von vier Prozent auf 18,5 Prozent kam. Doch die SPD lockt eine Koalition mit den Linken (27,4 Prozent) und Grünen (6,2 Prozent).

Einzig in Sachsen geht sich eine Schwarz-gelbe Koalition unter Führung von Ministerpräsident Stanislaw Tillich aus. Die CDU kam auf 40,2 Prozent, die FDP auf 10,0 Prozent, die Linken erzielten 20,6 und die SPD deplorable 10,4 Prozent. Auch im Landtag sind die Grünen mit 6,4 Prozent und die rechtsradikale NDP mit 5,6 Prozent.

In der Heimat von Oskar Lafontaine – im Saarland, wo er einst SPD-Ministerpräsident war – erreichten die Linken bei ihrem erstmaligen Antreten bei Landtagswahlen 21,3 Prozent – ihre Gewinne gingen zulasten der CDU mit Ministerpräsident Peter Müller – minus 13 auf 34,5 Prozent – und der SPD minus 6,3 auf 24,5 Prozent. Die FDP erhielt 9,2 Prozent, 5,9

Prozent entfielen auf die Grünen, die das Zünglein auf der Waage spielen können. Sie können sich aussuchen, ob sie einer Koalition mit CDU und FDP oder einer mit SPD und Linken beitreten.

Rückfragen bitte an Herwig Hösele herwig.hoesele@publicopinion.at oder 0664-18 17 481.